

NRW-Netzwerk gegen Sozialkahl Schlag

Auf zur Demonstration nach Düsseldorf am 18.9.04!



**Stoppt soziale Demontage und Bildungsraub!
Stoppt Arbeitszeitverlängerung und Lohnraub!
Stoppt das finanzielle Aushungern der Kommunen!
Stoppt die Umverteilung von unten nach oben!**

Für eine selbstbestimmte und solidarische Gesellschaft!

Am 3. April 04 haben 500.000 Menschen der Regierung zugerufen: „**Wenn sich nichts ändert, kommen wir wieder!**“ Dieses Versprechen wollen wir am 18. September 04 einlösen.

Mit Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen wurde ein Verarmungsprogramm in Gang gesetzt, das in einer Abwärtsspirale Millionen Menschen ins Elend treibt. Die Zahl der Armen in Deutschland soll in den nächsten Jahren von 8 auf 15 Millionen steigen. Besonders betroffen werden Alleinerziehende und Kinder sein. Jedes zehnte Kind wird dann in Armut leben. Mit der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und der Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes macht die Regierung mindestens 900.000 Erwerbslose zu Sozialhilfeempfängern. Gleichzeitig wird die Absenkung der Sozialhilfe geplant. Mehr als 600.000 Erwerbslose fallen aus dem Leistungsbezug, weil Partnerbezüge und Rücklagen bis zur Armutsgrenze angerechnet werden.

Die Hartz-Gesetze höhlen Tarifverträge und Kündigungsschutz aus, fördern die Umwandlung regulärer Jobs in sog. Mini-Jobs und tragen dazu bei, dass das Lohnniveau sinkt und noch mehr Arbeitsplätze nicht mehr existenzsichernd sind. Seit dem 1.4.03 sind mehr als 1 Million Minijobs „neu entstanden“. Schon heute sind nur ca. 55% der Arbeitsplätze existenzsichernd und sozialversicherungspflichtig. Und nun droht eine Arbeitszeitverlängerung auf bis zu 42 Stunden ohne Lohnausgleich für viele Beschäftigte. Den Anfang machen dabei die Landesbeamten, deren Arbeitszeit seit dem 1.1.04 auf 41 Stunden pro Woche erhöht wurde. Dies und die Einführung von Studienkonten geht auf das Konto der Landesregierung in NRW.

Dabei ist klar, durch Studiengebühren und das Wegbrechen von Ausbildungsplätzen sinken die Zukunftschancen junger Menschen.

Für Zahnersatz und Krankengeld sollen wir in Zukunft selbst aufkommen. Eintrittsgeld beim Arzt und höhere Zuzahlungen für Medikamente sind bereits in Kraft getreten. Die Renten sollen weiter abgesenkt werden. Bei sinkenden Reallöhnen soll die gesetzliche Rente zukünftig nicht mehr als 40% des ehemaligen Nettobezugs ausmachen.

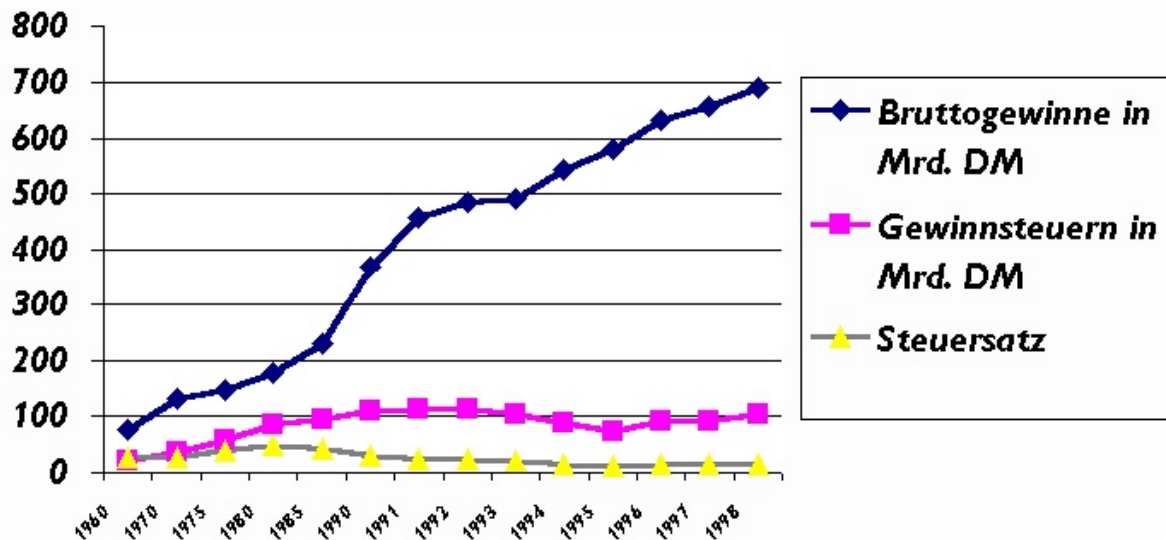
Durch Kaufkraftverluste sinkt die Binnennachfrage, von der jeder 2. Arbeitsplatz in Deutschland abhängt. Hunderttausende Arbeitsplätze sind gefährdet. Allein im Handel werden durch mangelnde Nachfrage 2004 mindestens 32.000 Jobs wegfallen.

Genau betrachtet wird der soziale Standard der BürgerInnen doppelt angegriffen: 1. durch direkte Streichungen und Kürzungen bei den Sozialleistungen und 2. durch rückläufige Transferleistungen an die Gemeinden. Schon heute ist die Finanzausstattung der Kommunen unzureichend. 2003 betragen die Defizite in den Gemeindekassen insgesamt 15,5 Milliarden Euro. Nun entstehen mit der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe (Hartz IV) noch Mehrbelastungen von ca. 1 Milliarde Euro in den Kommunen. In einer Stadt wie Solingen werden dies z.B. 2 Millionen Euro sein. Die Folgen werden die BürgerInnen zu spüren bekommen. Schon jetzt ist kein Geld mehr vorhanden, um Schulgebäude zu renovieren, Frauennotrufe zu unterstützen und kulturelle Angebote bezahlbar zu halten. Es droht eine neue Welle des Ausverkaufs der öffentlichen Güter mit Schließungen und Privatisierungen z.B. bei Kindertagesstätten, Schwimmbädern und Krankenhäusern, mit negativen Folgen wie Arbeitsplatzabbau und Einkommensverluste bei den Beschäftigten.

Das armuts- und krisenverschärfende Programm der Regierung wird mit Kostenexplosionen im Sozialsektor und gleichzeitiger Leere in den öffentlichen Kassen begründet. Diese Darstellung ist falsch. Der Anteil der Sozialausgaben ist in den vergangenen Jahren nur um 0.2% gestiegen.

Ursächlich für die Misere ist die bewusste Umverteilungspolitik von unten nach oben, die die Eliten aus Politik und Wirtschaft seit Jahrzehnten betreiben. Würden z.B. die Unternehmensgewinne noch so besteuert wie

1985 wären ca. 100 Milliarden Euro mehr in den öffentlichen Kassen. Seit 1960 ist bei steigenden Gewinnen die Gewinnsteuerquote um fast 75% abgesenkt und der Lohnsteueranteil an den öffentlichen Einnahmen um fast 300% gesteigert worden. Zudem wurde die Vermögensteuer ausgesetzt und die Erbschaftsteuer abgesenkt.



Diese Politik machen wir nicht länger mit. Anlässlich der Kommunalwahl in NRW setzen wir ein Zeichen des Protestes und unserer Alternativen. Wir demonstrieren am 18.9.04 in Düsseldorf für

- Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- Die Erhöhung der Gewinnsteuern und der Erbschaftssteuer
- Die Rücknahme der Zumutbarkeitsregelungen für Erwerbslose
- Den Erhalt der Arbeitslosenhilfe
- Ein bedingungsloses Grundeinkommen für Bedürftige
- Die Rücknahme aller Zuzahlungen im Gesundheitswesen
- Die Rücknahme der Studienkonten und aller Kürzungen im Bildungsbereich
- Die Rücknahme der Kürzungen der gesetzlichen Rente
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich
- Einen Mindestlohn von 2/3 des Durchschnittslohns
- Eine Gemeindefinanzreform, die der Kommunalen Selbstverwaltung wieder Raum gibt

Kommt alle nach Düsseldorf! - Unsere Agenda heißt Solidarität!

Erstunterzeichner: